

Berlin-Brief



Informationen von Josip Juratovic MdB, Ausgabe 304, 12.11.2021

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

meinen ersten Berlin Brief in dieser Legislaturperiode sende ich diese Woche ausnahmsweise nicht aus der Hauptstadt, sondern aus dem Wahlkreis. Der Grund hierfür ist ein ernster, der auch den Deutschen Bundestag in dieser Sitzungswoche beschäftigt hat.

Nach dem Auftreten erster Symptome wurde ich vor zwei Wochen positiv auf Corona getestet. Dank doppelter Impfung verlief die Erkrankung unangenehm, aber glücklicherweise komplikationslos - ein letzter PCR Test kam nun negativ zurück und mir geht es wieder den Umständen entsprechend gut. Die Erfahrung wie auch Fälle im weiteren Umfeld unterstreicht aber für mich noch einmal, dass wir die Pandemie noch lange nicht überstanden haben. Fast 50.000 Menschen infizierten sich zuletzt täglich und während Geimpfte in den allermeisten Fällen vor einem schweren Verlauf geschützt sind, droht die Explosion der Inzidenz unter den 15 Millionen Ungeimpften nun erneut unser Gesundheitssystem zu überlasten. Das hat Konsequenzen für uns alle: wenn medizinisches Personal Patient*innen nicht mehr angemessen behandeln kann oder gar ausgebrannt kündigt, wenn wichtige Operationen abgesagt werden müssen oder die Notfallversorgung nicht mehr gewährleistet werden kann.

Um das zu verhindern haben die Ampel-Parteien zur gestrigen Bundestagsitzung den Entwurf für ein überarbeitetes Infektionsschutzgesetz eingebracht. Die "epidemische Lage nationaler Tragweite" mit den Möglichkeiten weitreichender Grundrechteeinschränkungen läuft am 25. November aus - waren diese Maßnahmen in der eskalierenden Situation des letzten Jahres gerechtfertigt, müssen sie in einer Demokratie aber die extreme Ausnahme bleiben. Als Anschlussregelung für den Winter verankern wir stattdessen im neuen Gesetz eine Testpflicht in Pflegeheimen, Masken- und Abstandsgebote in der Öffentlichkeit, klare Regelungen für 2G-Regeln bei Veranstaltungen und Restaurantbesuchen und eine 3G-Pflicht am Arbeitsplatz. Corona-Tests werden wieder kostenfrei und Impfzentren sollen mit Bundesmitteln reaktiviert werden. Zur Abstimmung mit den Ländern hat Olaf Scholz zudem für kommende Woche eine Beratung mit den Ministerpräsident*innen einberufen.

Unterm Strich überwinden wir die Pandemie aber nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen, indem wir: Abstand halten, Kontakte so gut es geht reduzieren, Maske tragen und uns vor allem impfen lassen!

Termine

Samstag, den 04.12.2021
Außerordentlicher SPD Bundespartei-
tag, online

Freitag, den 10.12. — Sonntag, den
12.12.2021
SPD Bundespartei-tag, Berlin

Und ein weiteres Thema hat mir diese Woche keine Ruhe gelassen. In diesen Tagen treiben die Schergen des Lukaschenka-Regimes bei Minusgraden Männer, Frauen und Kinder durch die Wälder entlang der polnisch-belarussischen Grenze. Statt diesen schutzlosen Menschen zu helfen, schickt die polnische Regierung ihnen zehntausende Soldat*innen entgegen und setzt Tränengas und Warnschüssen gegen sie ein. Schon bekunden andere Mitgliedsstaaten und Kommissionspräsidentin von der Leyen Solidarität gegen diese "Bedrohung" und fordern mehr Gelder für die Abschottung der Grenzen. Als Europäer erfüllt mich das mit Wut und Scham. War die "Festung Europa" jahrelang nur eine Vision der extremen Rechten, wird sie nun Realität - an der polnischen Grenze ebenso wie auf dem Balkan und im Mittelmeer.

Schuld daran ist die jahrelange falsche Toleranz gegenüber Nationalist*innen und Antidemokrat*innen und das feige Zurückweichen gegenüber der Verteufelung von Geflüchteten und Migrant*innen quer durch das politische Spektrum der EU. Würden wir unsere hochtrabenden Worte zu Menschenrechten und humanistischen Werten ernst nehmen, es wäre der EU ein Leichtes, die wenigen tausend Menschen auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen und die vermeintliche "Invasion" als billige Propaganda-Aktion eines verbrecherischen Regimes verpuffen zu lassen. Allein unsere irrationale Angst vor dem Fremden ermöglicht den Lukaschenkas, Putins und Erdogans uns zu spalten und politischen Druck zu erzeugen. Ich setze mich deshalb ein für die Achtung des Rechts auf Asyl in der gesamten EU, sofortige humanitäre Hilfe und eine Aufnahme der Notleidenden durch die Bundesrepublik und den willigen EU Staaten, sowie für schmerzhaft Konsequenzen für die verantwortlichen Staaten und Fluglinien. Auch begrüße ich ausdrücklich, dass der geschäftsführende Bundesaußenminister Maas erklärt hat, sich hierfür einzusetzen um eine schnellstmögliche Linderung dieser unerträglichen Situation zu erreichen.

Kommende Woche steht gleich die nächste Sitzungswoche an. Nachdem die erste Phase der Koalitionsverhandlungen Mittwoch abgeschlossen wurden, geht es dann spannend weiter mit dem Ziel der Kanzlerwahl Olaf Scholz Anfang Dezember. Bis dahin, achten Sie auf sich und aufeinander und bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen



Sie erreichen mich:

Josip Juratovic MdB
Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27

josip.juratovic.wk@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic
www.instagram.com/josip.mdb
www.twitter.com/josip_juratovic

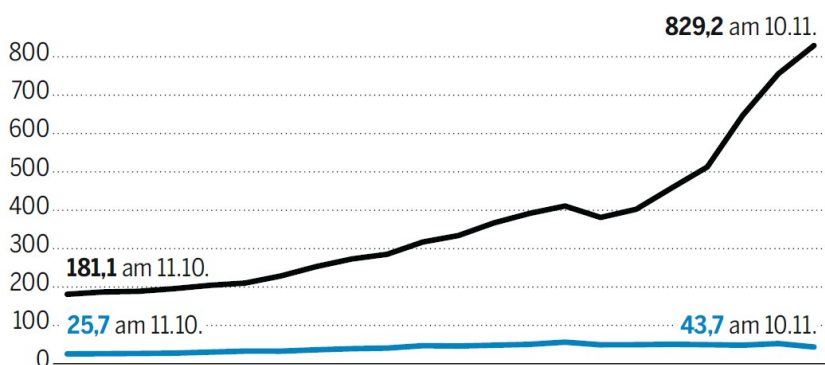
Berlin-Brief abonnieren?

Einfach eine Mail ans Bürgerbüro. josip.juratovic.wk@bundestag.de

Bild der Woche

Sieben-Tage-Inzidenzen in Baden-Württemberg

■ Geimpfte ■ Ungeimpfte/nicht vollständig Geimpfte



HSt-Grafik, Quelle: Landesgesundheitsamt

Quelle:

Heilbronner Stimme, 11.11.2021,
Juratovic: „Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass unsere Krankenhäuser nicht an die Belastungsgrenze kommen.“